

Larissa Naujoks

---

# Der EuGH und die deutsche Umsatzsteuer

Auswirkungen der europäischen  
Rechtsprechung auf das  
nationale Umsatzsteuerrecht

**Naujoks, Larissa: Der EuGH und die deutsche Umsatzsteuer. Auswirkungen der europäischen Rechtsprechung auf das nationale Umsatzsteuerrecht, Hamburg, Diplomica Verlag GmbH 2016**

Buch-ISBN: 978-3-95934-948-2

PDF-eBook-ISBN: 978-3-95934-448-7

Druck/Herstellung: Diplomica® Verlag GmbH, Hamburg, 2016

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

---

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Die Informationen in diesem Werk wurden mit Sorgfalt erarbeitet. Dennoch können Fehler nicht vollständig ausgeschlossen werden und die Diplomica Verlag GmbH, die Autoren oder Übersetzer übernehmen keine juristische Verantwortung oder irgendeine Haftung für evtl. verbliebene fehlerhafte Angaben und deren Folgen.

Alle Rechte vorbehalten

© Diplomica Verlag GmbH

Hermannstal 119k, 22119 Hamburg

<http://www.diplomica-verlag.de>, Hamburg 2016

Printed in Germany

# Inhaltsverzeichnis

<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	<b>V</b>
<b>1 Einleitung</b> .....	<b>7</b>
<b>2 Grundlagen</b> .....	<b>9</b>
2.1 Indirekte Steuern im EU-Recht .....	9
2.1.1 Primärrechtliche Grundlagen .....	9
2.1.2 Harmonisierungsauftrag .....	12
2.1.3 Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie .....	16
2.1.4 Verhältnis EU-Recht – nationales Recht .....	18
2.2 Der EuGH und seine Rechtsprechung .....	19
2.2.1 Einordnung des EuGH in die EU .....	19
2.2.2 Verfahren vor dem EuGH: Fokus Vorabentscheidungsverfahren .....	21
2.2.3 Bindungswirkung der Vorabentscheide .....	27
2.2.4 Von Rechtsauslegung zu Rechtsfortbildung .....	30
<b>3 Auswirkungen der Rechtsprechung auf das nationale</b> .....	<b>33</b>
<b>Umsatzsteuerrecht</b> .....	<b>33</b>
3.1 Der EuGH und die Umsatzsteuer .....	33
3.2 Auswirkungen auf nationaler Ebene anhand von ausgewählten Urteilen .....	35
3.2.1 Auswirkungen auf die deutsche Gerichtsbarkeit .....	35
3.2.2 Auswirkungen auf die deutsche Finanzverwaltung .....	40
3.2.3 Auswirkungen auf die deutsche Gesetzgebung .....	44
<b>4 Ergebnis und Ausblick</b> .....	<b>49</b>
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>53</b>
<b>Rechtsprechungsverzeichnis</b> .....	<b>57</b>
<b>Verzeichnis der Verträge, Verordnungen, Richtlinien, Beschlüsse, Gesetze und Verwaltungsanweisungen</b> .....	<b>63</b>

## Abkürzungsverzeichnis

ABI. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
ABI. EU	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AmtshilfeRLUmsG	Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz
Az.	Aktenzeichen
BFH	Bundesfinanzhof
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BStBl.	Bundessteuerblatt
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EWG-Vertrag	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsge- meinschaft
GG	Grundgesetz
MwStSystRL	Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie
OFD	Oberfinanzdirektion
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes
UStAE	Umsatzsteuer-Anwendungserlass
UStG	Umsatzsteuergesetz

## 1 Einleitung

„Voraussetzung für die Verwirklichung des Ziels, einen Binnenmarkt zu schaffen ist, dass in den Mitgliedstaaten Rechtsvorschriften über die Umsatzsteuern angewandt werden, durch die die Wettbewerbsbedingungen nicht verfälscht und der freie Waren- und Dienstleistungsverkehr nicht behindert werden. Es ist daher erforderlich, eine Harmonisierung der Rechtsvorschriften über die Umsatzsteuern im Wege eines Mehrwertsteuersystems vorzunehmen, um soweit wie möglich die Faktoren auszuschalten, die geeignet sind, die Wettbewerbsbedingungen sowohl auf nationaler Ebene als auch auf Gemeinschaftsebene zu verfälschen.“ So lautet der 4. Erwägungsgrund der Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie, auf Grundlage derer das deutsche Umsatzsteuerrecht zusammen mit den Umsatzsteuersystemen der anderen EU-Mitgliedstaaten vereinheitlicht ist. Das Umsatzsteuerharmonisierungsziel wurde mit der Einführung eines gemeinsamen Mehrwertsteuersystems entschieden vorangetrieben. Obwohl sich die Umsatzsteuervorschriften der Mitgliedstaaten nach den europäischen Vorgaben richten, bestehen zwischen den mitgliedstaatlichen Gesetzen und der Richtlinie zuweilen Auslegungsspielräume. Diese sind geeignet, das im 4. Erwägungsgrund der Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie genannte Ziel zu behindern und die Wettbewerbsbedingungen zu verfälschen. Hier wird der Europäische Gerichtshof (EuGH) aktiv, der die verbleibenden Hemmnisse aus dem Weg räumen soll. Zuständig für die Gültigkeitsprüfung und Auslegung des europäischen Rechts, nimmt sich der EuGH unter anderen auch den streitigen Rechtsfragen an, die bei verschiedener Beantwortung durch die Mitgliedstaaten das einheitliche europäische Mehrwertsteuersystem beeinträchtigen. Die Beantwortung dieser Fragen durch den EuGH hat für die Mitgliedstaaten teilweise erhebliche Folgen auf das nationale Umsatzsteuerrecht. Von einer veränderten Rechtsprechung der Gerichte über das Kippen bisheriger Verwaltungspraxis bis hin zu nationalen Gesetzesänderungen – die Auswirkungen der Urteile des EuGH sind deutlich zu spüren. Diese Studie soll den genauen Zusammenhang zwischen der Umsatzsteuer und dem EuGH aufzeigen und den Einfluss des EuGH untersuchen sowie die beschriebenen Wirkungen seiner Rechtsprechung am Beispiel des deutschen Umsatzsteuerrechts beleuchten.



## 2 Grundlagen

### 2.1 Indirekte Steuern im EU-Recht

Um den Einfluss der Rechtsprechung des EuGH auf das deutsche Umsatzsteuerrecht nachvollziehen zu können, gilt es zunächst, das Umsatzsteuerrecht in einen unionsrechtlichen Zusammenhang zu bringen.

Bei der Umsatzsteuer handelt es sich um eine indirekte Steuer, da Steuerschuldner (der Unternehmer) und Steuerträger (der Endverbraucher) nicht identisch sind.<sup>1</sup> Die Steuerbelastung wird durch einen prozentualen Preisaufschlag vom Unternehmer an den Endverbraucher abgewälzt. Da bei der Umsatzsteuer der Dienstleistungs- und Warenverkehr besteuert wird, werden im Hinblick auf den internationalen Wirtschaftsmarkt bei unterschiedlicher steuerlicher Belastung von Konkurrenzprodukten internationaler Firmen die Wettbewerbsbedingungen verzerrt.<sup>2</sup>

#### 2.1.1 Primärrechtliche<sup>3</sup> Grundlagen

Ein reibungsloser Handel und fairer Wettbewerb zwischen den europäischen Ländern wurde jedoch bereits seit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) im Jahr 1957 angestrebt, in deren Gründungsvertrag die vier Grundfreiheiten des Binnenmarkts (freier Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr) verankert wurden.<sup>4</sup> Obwohl zur Umsetzung des EWG-Vertrages die Binnenzölle 1968 abgeschafft wurden,<sup>5</sup> war dieses im EWG-Vertrag formulierte Ziel<sup>6</sup> noch längst nicht erreicht. Haupthemmnisse waren unterschiedliche nationale Rechtsvorschriften<sup>7</sup>, darunter auch die Steuervorschriften der Mitgliedstaaten, insbesondere die über die Umsatzsteuer, da diese den grenzüberschreitenden

---

<sup>1</sup> Grune/Elvers, 2008, S. 30, Rn. 29.

<sup>2</sup> Englisch, 2008, S. 244.

<sup>3</sup> Primärrecht = ranghöchstes Recht der Europäischen Union, zusammengesetzt aus den Gründungsverträgen der EU, deren Protokolle, Änderungs-, Zusatz- und Beitrittsverträge, vgl. im Einzelnen:

[http://europa.eu/legislation\\_summaries/institutional\\_affairs/decisionmaking\\_process/l14530\\_de.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/institutional_affairs/decisionmaking_process/l14530_de.htm), Stand: 02.03.2014 sowie Calliess/Ruffert, 2007, Art. 249 EGV, Rn. 6-9.

<sup>4</sup> Vgl. Art. 3 Buchst. a) und c) des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 25.03.1957, BGBl. 1957 II, S. 766, nachstehend EWG-Vertrag genannt.

<sup>5</sup> In Deutschland durch Verordnung vom 20.06.1968, verkündet am 27.06.1968 im BGBl. II 1968, S. 541.

<sup>6</sup> Vgl. Präambel sowie Art. 2 EWG-Vertrag.

<sup>7</sup> So die EU zum 17. Februar 1968 auf [http://europa.eu/about-eu/eu-history/1980-1989/index\\_de.htm](http://europa.eu/about-eu/eu-history/1980-1989/index_de.htm), Stand: 02.03.2014.